

Antrag: Orga 02
Antragsteller: SPD Unterbezirksvorstand Fulda / SPD Unterbezirksparteitag Fulda
Betrifft: Präsenz der Mitgliederstruktur im SPD Parteivorstand auf Bundesebene gewährleisten; Änderung des § 23 des Organisationsstatuts
Adressaten: SPD-Bezirks-, SPD-Bundesparteitag

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Den § 23 (1) des Organisationsstatuts um den Buchstaben g) mit folgendem Inhalt zu erweitern:

Unter den Mitgliedern des gesamten gewählten Parteivorstandes müssen mindestens zu 40 % Mitglieder vertreten sein, die keine sog. Berufspolitiker sind. Unter Berufspolitikern sind alle Personen zu fassen, die im Rahmen ihres Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordnetenmandats, als Ministerin/Minister oder Staatsministerin/Minister oder vergleichbare in diesen Bereichen tätige Personen, die ihr Haupteinkommen aus dieser Tätigkeit/Funktion erzielen.

Begründung:

Ziel des Vorschlages ist es, dass sich die sehr breite SPD-Mitglieder Basis (stellt nahezu ein repräsentatives Abbild der Gesellschaft in Deutschland dar) auch im SPD-Parteivorstand wieder findet. Aktuell werden nahezu alle Positionen im SPD-Parteivorstand nur durch sog. Berufspolitikerinnen / Berufspolitiker besetzt. Die breite Mitgliederebene hat keine direkte Stimme im Parteivorstand. Diese fehlende Stimme war sicherlich auch eine Ursache für die zuletzt schlechten Wahlergebnisse; die Sicht der sog. einfachen Mitglieder war bei vielen Entscheidungen zumindest nicht nach zu vollziehen.

In Meinungsbildungsprozesse und den daraus resultierenden Entscheidungen kann es nur gut und richtig sein, wenn die Sicht und Interessen der Parteibasis auch bei Vorstandsbeschlüssen (aus erster Hand) berücksichtigt werden. Gerade vor dem Hintergrund des Prozesses #SPDerneuern ist dieser Antrag zu bewerten.

Beschlusslage:

Unterbezirksparteitag Fulda 2018: angenommen

Bezirksparteitag Hessen-Nord 2018: angenommen

Bundesparteitag 2019: eingereicht.